



0001474278

20.4. 1995

# REGIERUNGS-PROGRAMM FÜR DAS LAND BREMEN

**CDU**

# Regierungsprogramm der CDU für das Land Bremen

beschlossen auf dem Landesparteitag am 20. April 1995

- I. Unser Land braucht einen Regierungswechsel** *Seite 3*
  1. Die SPD hat abgewirtschaftet
  2. Filz, Skandale und Unfähigkeit haben Bremen und Bremerhaven schwer geschadet
  3. Ulrich Nölle muß Regierungschef werden
  
- II. Bremens Selbständigkeit muß erhalten werden** *Seite 4*
  1. SPD-Schuldenpolitik hat Bremens Selbständigkeit gefährdet
  2. Sanierungsprogramm endlich umsetzen
  
- III. Arbeitsplätze durch bessere Wirtschaftspolitik erhalten und neu schaffen** *Seite 5*
  1. Arbeitslosigkeit durch verlässliche Wirtschaftspolitik bekämpfen
  2. Mittelstand und Dienstleistungssektor stärken
  3. Forschungs- und Technologiechancen nutzen
  4. Hafenstandorte Bremen und Bremerhaven ausbauen
  5. Touristische Potentiale nutzen und Attraktivität der Städte steigern
  
- IV. Offensive für den Wohnungsbau** *Seite 8*
  1. Mehr Wohnungsbau durch zusätzliche Flächen ermöglichen
  2. Wohnungsbauförderung treffsicherer ausgestalten
  3. Planungs- und Baugenehmigungsverfahren erleichtern
  
- V. Verkehrswege ausbauen, Innenstadt attraktiv gestalten** *Seite 10*
  1. Stau- und Blockadepolitik beenden
  2. ÖPNV entscheidend verbessern
  3. Erreichbarkeit der Bremer Innenstadt garantieren
  4. Straßen- und Radwegenetz sanieren
  
- VI. Neue Akzente im Umweltschutz** *Seite 12*
  1. Nicht auf Kosten der Natur und kommender Generationen leben
  2. Abfallpolitik auf die Zukunft ausrichten
  3. Pflanzen- und Tierwelt sichern
  4. Freiwilliges ökologisches Jahr und Umwelterziehung

**VII. Bremen und Bremerhaven müssen sicher werden** *Seite 14*

1. Kriminalität und Gewalt bekämpfen
2. Polizeipräsenz vor Ort stärken
3. Wirtschafts- und Umweltstraftaten wirksam entgegentreten
4. Rechtsbewußtsein stärken, rechtsfreie Räume beseitigen
5. Organisierte Kriminalität und Drogenhandel bekämpfen

**VIII. Verbesserte Zukunftschancen durch eine andere Bildungs- und Hochschulpolitik** *Seite 16*

1. Bildungsinhalte verändern, Unterrichtsausfall beseitigen
2. Schulstrukturen ändern und Schularten aufwerten
3. Hochschulen weiter ausbauen
4. Ein attraktives Kulturangebot fördern

**IX. Soziales Handeln auf die Menschen ausrichten** *Seite 19*

1. Sozialausgaben zielgerichtet einsetzen
2. Situation der Familien verbessern
3. Chancen von Frauen erhöhen
4. Junge Menschen zu mehr Engagement ermutigen
5. Bedeutung des Sports stärken
6. Gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern gewährleisten
7. Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter sicherstellen
8. Integration von Behinderten voranbringen
9. Vorsorge und Versorgung im Gesundheitsbereich verbessern

**X. Bürokratie abbauen, Verwaltung bürgernah gestalten** *Seite 23*

1. Öffentliche Verwaltung auf notwendige Aufgaben konzentrieren
2. Privater Initiative Vorrang einräumen
3. Privatisierung sozialverträglich umsetzen

## **I. Unser Land braucht einen Regierungswechsel**

### **1. Die SPD hat abgewirtschaftet**

Die CDU hat nach ihrem erfolgreichen Mißtrauensantrag gegen Senator Fücks vorzeitige Neuwahlen für den 14. Mai 1995 durchgesetzt. Damit hat sie den erforderlichen Neuanfang erzwungen. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ist zerbrochen, der Wedemeier-Senat gescheitert.

Die SPD hat in der Vergangenheit die politischen Weichen falsch gestellt. Sie hat es verpaßt, die richtigen Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung - und damit für mehr sichere Arbeitsplätze - zu schaffen. Der Mangel an bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum hat dazu geführt, daß immer mehr Einwohner in das Umland ziehen. Eine Schulpolitik, die keinen Freiraum für individuelle Entwicklung läßt und auf Gleichmacherei setzt, nimmt gerade jungen Menschen die Chancen für ihre Zukunft. Die SPD hat auch bei der Bekämpfung der Kriminalität versagt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben Angst um ihre persönliche Sicherheit.

Mit ihrem Regierungsprogramm stellt die CDU ihre politischen Vorstellungen und Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre vor. Mit Ulrich Nölle machen wir einen hervorragenden Vorschlag für das Amt des Präsidenten des Senats. Wir wollen die abgewirtschaftete und in sich zerstrittene SPD als Regierungspartei nach einem halben Jahrhundert endlich ablösen und den für Bremen und Bremerhaven erforderlichen Wechsel herbeiführen.

Die Menschen brauchen wieder eine zuverlässige Perspektive, um in Bremen und Bremerhaven gut leben, wohnen und arbeiten zu können.

### **2. Filz, Skandale und Unfähigkeit haben Bremen und Bremerhaven schwer geschadet**

*Wedemeier und die SPD sind die Hauptverantwortlichen für den Zustand der bremischen Politik. Die von Wedemeier geführten Landesregierungen - als reiner SPD-Senat oder als Ampel-Senat - haben Bremen und Bremerhaven in den Niedergang geführt. SPD-Filz und Skandale waren die ständigen Begleiter dieser Politik. Beispielhaft sind zu nennen: die „Schwarzgeld-Klinik“, das von den Stadtwerken für Wedemeier finanzierte Schlafzimmer in Bonn, sein Billigstrom, die Stadtwerke-Spenden an die SPD, die Postenschieberei für den ehemaligen SPD-Vorsitzenden in Bremerhaven oder die Besetzung des Leiters im Bremen-Büro in Brüssel mit einem Wedemeier-Vertrauten.*

Die CDU wird die Mißstände in der politischen Kultur in Bremen und Bremerhaven beenden und nicht länger zulassen, daß das Gemeinwohl mit dem Eigennutz für Parteigenossen verwechselt wird. Wir werden dafür sorgen, daß die Stellen im öffentlichen Dienst ebenso wie die Führungspositionen in Unternehmen mit staatlicher oder städtischer Mehrheitsbeteiligung ausgeschrieben werden. Die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber muß Vorrang haben vor Parteibuchwirtschaft.

### **3. Ulrich Nölle muß Regierungschef werden**

Die CDU will mit Ulrich Nölle das Sanierungsprogramm umsetzen, d.h. Arbeitsplätze schaffen, Schulden abbauen, die Bonner Finanzhilfen sinnvoller investieren. Die CDU will die Bürgerschaft verkleinern, den Staatsapparat schlanker machen und staatliche Vorschriften, die Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern behindern, überprüfen.

Die Regierungsarbeit muß neu organisiert werden. Der Bremer Regierungschef braucht - genau wie der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten anderer Bundesländer - die

Richtlinienkompetenz. Die einzelnen Ressorts müssen sachgerecht zugeschnitten und in ihrer Zahl deutlich verringert werden. Politik muß wieder für alle berechenbar werden. Arbeitnehmer, Verbraucher und auch die Wirtschaft müssen wissen, womit sie zu rechnen haben, damit sie selbst solide rechnen können. Politische Entscheidungen müssen Bestand haben und dürfen nicht je nach Tagesstimmung umgeworfen werden.

## **II. Bremens Selbständigkeit muß erhalten werden**

### **1. SPD-Schuldenpolitik hat Bremens Selbständigkeit gefährdet**

*Das Land Bremen mit seinen beiden Stadtgemeinden befindet sich in der schwersten Finanzkrise seiner Geschichte. Obwohl die Bundesregierung dem kleinsten Bundesland bereits 1994 mit 1,8 Mrd. DM unter die Arme gegriffen hat, belaufen sich die bremischen Schulden auf immer noch knapp 17 Mrd. DM. Für diesen Schuldenberg bezahlt das kleinste Bundesland täglich knapp 3,5 Mio. DM an Zinsen. Diese Zinslast droht Bremen zu erdrosseln. Wenn der Schuldenstand in den nächsten Jahren nicht deutlich verringert wird, ist die Selbständigkeit Bremens mittelfristig nicht aufrechtzuerhalten.*

Wir wollen die Selbständigkeit Bremens sichern, die über Jahrhunderte gewachsen ist. Bremerinnen und Bremer sind stolz auf die Eigenständigkeit ihres Landes. Unser Bundesland ist ein wichtiger Baustein im Mosaik eines föderativen Deutschlands und Europas. Unser Bundesland blickt auf eine stolze Tradition in der Wahrnehmung maritimer Aufgaben, der wichtigste Grund für die Selbständigkeit. Das Land Bremen muß auf längere Sicht seine Aufgaben im wesentlichen wieder aus eigener Kraft erfüllen können, nur so wird seine Selbständigkeit auf Dauer gesichert.

Aus diesem Grunde sind verstärkter Schuldenabbau und die Schaffung gesunder Finanzen unverzichtbar. Wir werden die Staatsaufgaben und die Staatsbeteiligungen auf das unbedingt erforderliche Maß reduzieren. Insbesondere müssen Anteile des Landes und der Stadtgemeinden an den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften schrittweise an Dritte veräußert werden.

Die CDU wird einen Kassensturz vornehmen und die erforderlichen staatlichen Aufgaben in eine Prioritätenliste bringen. Für die nächsten vier Jahre müssen die Zeit- und Maßnahmenkataloge mit den Finanzierungskonzepten in Übereinstimmung gebracht werden.

Dort wo die Haushaltsnotlage des Landes im wesentlichen durch eigene politische Entscheidungen maßgeblich mitverursacht worden ist, muß die Politik korrigiert werden. Das gilt für das zu teure bremische Schulsystem ebenso wie für im Vergleich zu anderen Großstädten überzogene Standards. Bremen darf sich nicht mehr leisten, als diejenigen, die Bremen helfen.

### **2. Sanierungsprogramm endlich umsetzen**

Durch Sparmaßnahmen allein ist die Haushaltsnotlage Bremens nicht mehr zu beseitigen. Für eine dauerhafte Gesundung der Staatsfinanzen ist vielmehr zwingend geboten, die Bonner Finanzhilfen verstärkt für die Wirtschaftskraft und damit die Steuerkraft Bremens stärkende Investitionen einzusetzen. Die CDU versteht die Bonner Milliardenbeträge als Hilfe zur Selbsthilfe. Schulden zu tilgen, ist eine Seite der Medaille. Mit den so gesparten Zinsen zusätzliche Investitionen zu ermöglichen, ist die zweite Seite. Nur wenn wir in Bremen ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erreichen, führt das zu den erforderlichen bremischen Steuereinnahmen, die zur längerfristigen Haushaltskonsolidierung erforderlich sind.

Dabei verstehen wir die finanzielle Sanierung Bremens nicht als Selbstzweck. Wenn das Land und seine Gemeinden ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden können, sind die Bürger Bremens und Bremerhavens die Leidtragenden. Eine florierende Wirtschaft und geordnete Finanzen sind die Voraussetzung für die Bezahlbarkeit wünschenswerter Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik.

Das Sanierungsprogramm ist Bremens letzte Chance. Ein CDU-geführter Senat wird diese Chance zum Wohle der Menschen in Bremen und Bremerhaven nutzen.

### **III. Arbeitsplätze durch bessere Wirtschaftspolitik erhalten und neu schaffen**

#### **1. Arbeitslosigkeit durch verlässliche Wirtschaftspolitik bekämpfen**

Arbeitsplätze können nur durch eine aktive Wirtschaftspolitik gesichert bzw. neu geschaffen werden. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist zugleich die beste Arbeitsmarktpolitik. Neue Arbeitsplätze können nur dort entstehen, wo sich Betriebe ansiedeln bzw. erweitern.

Für die CDU stehen daher der Ausbau und die Entwicklung der vorhandenen Wirtschaftsstruktur sowie die Ansiedlung neuer Betriebe im Zentrum ihrer Wirtschaftspolitik. Verlässliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Die vorhandenen Finanzmittel sind für die Erschließung von Gewerbeflächen einzusetzen, um Betriebserweiterungen bzw. -neugründungen zu ermöglichen.

Wir benötigen in Bremen und Bremerhaven mehr Gewerbeflächen. Wir wollen die negative Gewerbeflächenbilanz wieder umkehren, indem wir in den nächsten zehn Jahren in Bremen und Bremerhaven 800 ha als Gewerbeflächen ausweisen. Dazu ist es jedoch erforderlich, die Anmeldung von ca. 6.500 ha Fläche als Vogelschutzgebiet in Brüssel rückgängig zu machen.

Die CDU will das Gelände „Umwelttechnologiepark Hemelinger Marsch“ und „Ritterhuder Heerstraße“ in Bremen, das Lürssen-Gelände in Bremen-Nord sowie die Fläche der ehemaligen Carl-Schurz-Kaserne und die Luneplate in Bremerhaven als Gewerbegebiete ausweisen.

Mittel- bzw. langfristig gilt dasselbe für das Güterbahnhofsgelände, den Bürostandort Vahr/Oberneuland sowie das Niedervieland III in Bremen sowie für die Gebiete Weddewarden und Speckenbüttel in Bremerhaven.

Um in Zukunft ausreichend Flächen zur Verfügung zu stellen, müssen der Gewerkepark Nord und das Gewerbegebiet Flughafen zügiger als bisher erschlossen und der Technologiepark Universität erweitert werden.

Neben einem ausreichenden Angebot an Gewerbeflächen gehört eine gute Verkehrsinfrastruktur zu den wichtigen Rahmenbedingungen. Die verkehrliche Anbindung vorhandener und neuer Gewerbebetriebe hat für uns Priorität. Wir werden daher den Bau der Autobahnneckverbindung A 281 zwischen der A 27 und der A 1, den Ausbau der B 74 bis Farge, den Bau des Fly-Over am Ihlpohler Kreisel, den Hemelinger Tunnel sowie eine neue Verkehrsanbindung für den Containerterminal in Bremerhaven umsetzen.

Wir werden Behinderungen des Wirtschaftsverkehrs beseitigen, da das selbst erzeugte Verkehrschaos auf Bremer Straßen abschreckend auf mögliche Investoren wirkt.

Die CDU strebt eine weitere Verbesserung des Angebotes des Flughafens im Linien-, Fracht und Charterverkehr an und wird für den dafür notwendigen Ausbau der Flughafen-Infrastruktur sorgen.

Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird es auch gelingen, den Dienstleistungssektor im Land Bremen zu stärken. Gerade in diesem Bereich können neben Vollarbeitsplätzen auch viele Teilzeitarbeitsplätze neu entstehen. Wir werden die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze aktiv unterstützen. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Neue Arbeitsplätze erfordern aber häufig auch veränderte Anforderungen an Ausbildung und Qualifikation. Gemeinsam mit den Betrieben und Gewerkschaften, den Verbänden der Wirtschaft und den Trägern der Fort- und Weiterbildung werden wir den Arbeitnehmern Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik wird die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sein. Zusammen mit den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden wir die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Europäischen Union, des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und des Landes Bremen konzentriert einsetzen, um durch zusätzliche Qualifikationen Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern und Betrieben durch zeitweilige finanzielle Förderung die Einstellung von Langzeitarbeitslosen zu ermöglichen.

## **2. Mittelstand und Dienstleistungssektor stärken**

*Der Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft. In Bremen stellt der Mittelstand 65 % aller Arbeitsplätze und 85 % aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Diese Arbeitsplätze sind auch deshalb von besonderer Bedeutung, da sie strukturell am geringsten anfällig und damit sicher sind. Dennoch fand in Bremen in der Vergangenheit eine aktive Mittelstandspolitik nicht statt.*

Für die CDU ist die Mittelstandspolitik ein Kernstück der Wirtschaftspolitik. Der Mittelstand muß zum stärksten Motor für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens und Bremerhavens werden. Wir werden die Wirtschaftsförderung bevorzugt auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren, die durch ihre Flexibilität und Innovationskraft das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Der verstärkte Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur hat hierbei Priorität. Wir werden die Genehmigungs- und Antragsverfahren beschleunigen und dem Mittelstand neue Chancen eröffnen, indem wir Dienstleistungen nicht-hoheitlicher Art auf Private übertragen. Der gesamte Bereich der Dienstleistungen nimmt bei neuen Arbeitsplätzen einen immer breiteren Raum ein. Durch die führenden technologischen Leistungen bremischer Unternehmen in Bereichen wie Umweltschutztechnik, Softwareentwicklung, Design und vor allem in der Logistik ergeben sich große Chancen für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Wir werden ein Programm für Existenzgründer erstellen, die mit ihren Firmengründungen den Durchbruch für neue Technologien und neue Produkte und damit krisensichere Arbeitsplätze schaffen.

Mit den ortsansässigen Banken muß geprüft werden, wie jungen Unternehmen, die erfahrungsgemäß innovativ sind, eine bessere Risikokapitalausstattung zur Verfügung gestellt werden kann.

Wir werden die Schwarzarbeit durch die gezielte Zusammenarbeit von Steuer-, Finanz-, Ordnungs- und Polizeibehörden energisch bekämpfen. Insbesondere das Handwerk leidet unter massenhafter Schwarzarbeit, die das Entstehen einer großen Zahl von Arbeitsplätzen verhindert.

### **3. Forschungs- und Technologiechancen nutzen**

*Bremen erhält im Vergleich mit anderen Bundesländern überdurchschnittlich hohe Zuwendungen aus den öffentlichen Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Das Land Bremen hingegen fördert diesen Zukunftsbereich nur unterdurchschnittlich.*

Im nationalen und internationalen Wettbewerb wird die technologische Leistungsfähigkeit immer entscheidender. Wir brauchen einen intensiveren Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Der Staat muß hierbei Mittler sein, um Eigeninitiative zu stärken und Technologie-Transfer zu erleichtern. Dazu werden wir eine organisatorisch und rechtlich selbständige Transferstelle errichten.

Bei dem Ausbau der forschungspolitischen Aktivitäten im Land Bremen nehmen die bereits vorhandenen Bereiche Luft- und Raumfahrt, Meeres- und Produktionstechnik, Umwelttechnik, Seehafentechnologie, Transporttechnik und Materialforschung einen wichtigen Platz ein. Wir werden diese Bereiche stärken.

### **4. Hafenstandorte Bremen und Bremerhaven ausbauen**

*Von den bremischen Häfen sind 91.000 Arbeitnehmer abhängig. Ohne den Hafen und seine direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen wären die Städte Bremerhaven und Bremen nicht lebensfähig. Der internationale Konkurrenzdruck nimmt jedoch zu.*

Die CDU wird sicherstellen, daß die notwendigen Mittel für Unterhaltungs-, Sanierungs-, Erneuerungs- sowie für Neuinvestitionen zur Verfügung stehen. Hierzu zählt vor allem die beschleunigte Vollendung des Baus des Containerterminals III in Bremerhaven und die Vertiefung der Fahrrinne der Außenweser. Mit der Fertigstellung dieser Projekte wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Hafenstandortes Bremerhaven entscheidend verbessert.

Wir werden die Eigentumsverhältnisse, die Bewirtschaftungsfragen und die Verwaltungszuständigkeiten in den bremischen Häfen mit dem Ziel überprüfen, die Wettbewerbsfähigkeit der Hafenstandorte Bremen und Bremerhaven zu erhalten. Hierfür ist eine gemeinsame Hafenpolitik, eine gemeinsame Hafenplanung und ein gemeinsames Hafenmanagement für die Hafengruppe Bremen, das Überseehafengebiet, die Carl-Schurz-Kasernen und den Fischereihafen in Bremerhaven erforderlich. Wir werden daher ein Landeshafengesetz unter Mitwirkung aller Beteiligten erarbeiten. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Frage überprüfen, ob eine hoheitliche Neuordnung der Hafengebiete erforderlich ist.

Weiter wird es darauf ankommen, zukünftig nicht nur Güter und Waren umzuschlagen. In der Weiterverarbeitung und der logistischen Abwicklung der Warenströme liegt die wirtschaftliche Zukunft. Wir werden daher ausreichend Gewerbefläche für Lager und Distribution sowie für die Veredelung der Güter zur Verfügung stellen.

Im Bereich des Fischereihafens ist der Bau der Doppelschleuse für uns das wichtigste Projekt. Wir wollen, daß mit dem Bau unverzüglich begonnen wird. Die Entwicklung des Fischereihafens zu einem Nahrungsmittelzentrum werden wir aktiv begleiten. Hierzu gehört auch, daß Kaufinteressenten ein Grundstück erwerben können. Die Konzeption und bisherige Ausgestaltung des touristischen Anziehungspunktes „Schaufenster Fischereihafen“ hat sich als richtig erwiesen. Daher ist der Ausbau des Schaufensters mit Hotel und Erlebnisbereich unverzüglich fortzusetzen.



## **5. Touristische Potentiale nutzen und Attraktivität der Städte steigern**

*Bremen und Bremerhaven haben viele touristische Reize. Dennoch nimmt der Fremdenverkehr bisher in der wirtschaftlichen Bilanz der beiden Städte einen hinteren Rang ein. Insbesondere konnte die Anzahl der Übernachtungen von Touristen entgegen dem bundesdeutschen Trend nicht gesteigert werden.*

Die CDU wird für die Bremer Innenstadt ihr vorgelegtes, ausführliches Konzept zur Attraktivitätssteigerung umsetzen. Kernziel hierbei ist es, das Angebot der Bremer Innenstadt zu erhöhen und dadurch die Wirtschaftskraft zu stärken.

Dazu gehört neben der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt vor allem, daß Bremen endlich zu einem bedeutenden Messestandort wird. Die vorhandenen Stärken im Bereich der Verbraucherveranstaltungen, der Leistungs- und Gewerbeschauen, Fachausstellungen und Fachmessen müssen ausgebaut werden.

In Bremen und Bremerhaven müssen zukünftig neben Veranstaltungen mit lokaler und regionaler Bedeutung zunehmend solche mit überregionaler und internationaler Ausstrahlung stattfinden. Nur dadurch wird es gelingen, die Zahl der Besucher zu steigern, die für mehrere Tage in Bremen und Bremerhaven bleiben.

In Bremen-Nord werden wir die Dienstleistungsangebote ausbauen und insbesondere den Vegesacker Hafen für den Tourismus umgestalten. Dazu werden wir ein Tourismus-Konzept mit Betonung des maritimen Charakters (z. B. Schulschiff/Ausflugsfahrten) entwickeln und umsetzen.

In Bremerhaven werden wir die für das Gelände des Alten/Neuen Hafens vorgeschlagenen Planungen für einen „Ocean-Park“ nachhaltig unterstützen. Diese Planungen stellen eine hervorragende Verbindung von touristischer Nutzung und städtebaulicher Entwicklung dar. Vor dem Hintergrund der Einbeziehung hochwertiger Wohnbebauung und gewerblicher Nutzung wie Einkaufs- und Hoteleinrichtungen muß eine tragfähige Mischkalkulation ermittelt werden. Wir werden daher unverzüglich auf die Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes hinwirken. Zusätzlich werden wir den Standort Bremerhaven in der Region stärken, indem wir die Innenstadt attraktiv gestalten.

## **IV. Offensive für den Wohnungsbau**

### **1. Mehr Wohnungsbau durch zusätzliche Fläche ermöglichen**

*Nach wie vor gibt es in Bremen einen erheblichen Bedarf an Wohnungen. Dies gilt insbesondere für kleine und preisgünstige Wohnungen für Familien, junge Menschen und Ein-Personen-Haushalte. Mehrere tausend Einwohner sind nach Niedersachsen gezogen, weil sie in Bremen kein Baugrundstück fanden.*

Jahrelange Stagnation und teilweise auch ein Rückgang bei der Zahl der fertiggestellten Wohnungen führten zu einem Wohnungsmangel in bestimmten Bereichen. Die CDU wird durch eine Offensive im Wohnungsbau die Voraussetzungen schaffen, daß Wohnungssuchende in Bremen und Bremerhaven eine Wohnung finden. Damit wollen wir einerseits Arbeiten und Wohnen näher zusammenführen und andererseits der Abwanderung ins niedersächsische Umland entgegenwirken.

Die CDU wird umgehend neue Wohnbauflächen - insbesondere für den verstärkten Einfamilien- und Reihenhausbau - ausweisen. Das unzureichende Angebot an Wohnbauflächen verteuert über hohe Grundstückspreise den Wohnungsbau und wirkt preisteigernd. Als weitere Flächen kommen für uns die Osterholzer Feldmark, Brockhuchting, die Sportflächen am Vegesacker Bahnhof sowie die Lesumer und Teilflächen der Grohner Kaserne in Bremen-Nord sowie im Schierholz-Gebiet und in Reinkenheide (Bremerhaven) in Frage. Darüber hinaus spricht sich die CDU für eine stärkere Ausnutzung der vorhandenen Flächen aus. Das heißt, die genutzten Flächen sollen besser und effizienter für den Wohnbau genutzt werden. Ein Schwerpunkt ist, einen neuen Flächennutzungsplan zu erstellen. Der alte Flächennutzungsplan von 1983 wird in vielen Bereichen nicht mehr den aktuellen Erfordernissen gerecht. Damit wollen wir erreichen, daß die Bereiche Wohnen und Arbeit in einzelnen Stadtteilen besser miteinander verbunden werden.

## **2. Wohnungsbauförderung treffsicherer ausgestalten**

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren durch die Aufstockung der Mittel im sozialen Wohnungsbau, durch Sonderprogramme für Problemgruppen, durch das Wohnbauleichterungsgesetz, durch Verbesserung des Baukindergeldes und durch eine Erhöhung des Wohngeldes die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau deutlich verbessert.

Verantwortlich für die Umsetzung der Wohnbauförderung sind die Länder. Wir werden im Land Bremen die Finanzmittel so einsetzen, daß möglichst viel Wohnungen gebaut und mehr Wohnungen als bisher gefördert werden.

Wir wollen eine effiziente Wohnungsbauförderung; das bedeutet, die vorhandenen Mittel so zu verteilen, daß mehr Wohnungen als bisher in Bremen gebaut werden. Insbesondere der soziale Wohnungsbau muß umstrukturiert werden. Wir wollen, daß sich auch private Investoren wieder am sozialen Wohnungsbau beteiligen; daher werden wir die Mittel so einsetzen, daß die Sozialbindung 10 - 15 Jahre nicht überschreitet. Die vollfinanzierte Sozialwohnung mit ca. 30 Jahren Sozialbindung soll künftig auf Alleinerziehende, kinderreiche Familien und sozial Schwache konzentriert werden. Darüber hinaus will die CDU den Erwerb von Belegungsrechten finanziell fördern, denn dieses ist preiswerter als eine vollfinanzierte Sozialwohnung.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die Objektförderung zu vermindern und schrittweise durch eine Subjektförderung zu ersetzen. Hierbei ist eine grundlegende Überprüfung und Umstrukturierung des staatlichen Förderinstrumentariums erforderlich.

Die CDU wird einen Schwerpunkt in der Wohnbauförderung bei der Schaffung eines Eigenkapital-Ersatzfonds für junge Familien setzen. Nach einer Laufzeit von zehn bis fünfzehn Jahren soll die Rückzahlung in einer Summe, z. B. durch Bauspardarlehen ermöglicht werden. Das soll insbesondere den Familien helfen, die frühzeitig ein eigenes Haus kaufen und bewohnen wollen, somit Mietwohnungen freimachen. Der sogenannte Sickereffekt ist bei der Wohnungsbauförderung nicht zu unterschätzen.

Seit Jahren verhindert die SPD die Erstellung eines Mietpreisspiegels. Die CDU wird sofort einen Mietpreisspiegel erstellen lassen, um die Mieter gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen zu schützen.

## **3. Planungs- und Baugenehmigungsverfahren erleichtern**

Wir wollen zukünftig die Ressorts Stadtentwicklung und Bauwesen im Senat wieder zusammenlegen. Wir wollen die Zusammenfassung der mit der Bauleitplanung befaßten Ämter unter dem Dach des Bauressorts zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen

und zur besseren Koordinierung der einzelnen Planungsgenehmigungsverfahren. Wir wollen Bauleitplanung und Baugenehmigungsverfahren beschleunigen. Wir werden verstärkt Planungsaufgaben und Bauprojekte auf private Planungsbüros und Projektgesellschaften übertragen, um den Wohnungsbau in Bremen und Bremerhaven effizienter und schneller zu machen. Wir werden, soweit auf Landesebene möglich, die Anzahl an Gesetzen und Vorschriften verringern.

## **V. Verkehrswege ausbauen, Innenstadt attraktiv gestalten**

### **1. Stau- und Blockadepolitik beenden**

*Staus, mangelnde Koordination bei Baustellen und Konzeptlosigkeit kennzeichnen die Verkehrspolitik in Bremen. Der bisherige Senat hat alle entscheidenden und wichtigen Verkehrsprojekte wie Hemelinger Tunnel, Bundesautobahn A 281, Martinistraße oder Straßenbahnnetzvergrößerung vertagt oder verzögert.*

Wir werden ein Verkehrskonzept umsetzen, das ein vernünftiges Miteinander von Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Individual- und Wirtschaftsverkehr schafft. Eine Politik, die den Autofahrer verteufelt, den ÖPNV vernachlässigt und damit Verkehrsstaus produziert, wird es mit der CDU nicht geben. Leistungsfähige Verkehrswege sind für die Zukunft der Stadt lebenswichtig. Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur haben daher für uns hohe Priorität. Aufgrund jahrelang verschobener Baumaßnahmen sind in den nächsten Jahren mehrere Projekte umzusetzen. Hierfür werden wir die Baustellen so koordinieren, daß die zusätzlichen Belastungen sich im Rahmen halten und der Verkehr nicht zum Erliegen kommt.

In der Verkehrspolitik werden wir klare Prioritäten setzen und insbesondere Maßnahmen durchführen, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten den größten Nutzen bringen. Dies gilt sowohl für den ÖPNV wie für den Individualverkehr. Wir werden deshalb dafür sorgen, daß mit dem Bau der A 281 (zwischen A 27 und A 1) der Autobahnring um Bremen schnellstmöglich geschlossen wird. Zur Beschleunigung des Bauvorhabens A 281 werden wir die Planung der ausstehenden Bauabschnitte vorziehen und hierfür die entsprechenden Finanzen bereitstellen. Bis zur Fertigstellung der A 281 sind zur Erschließung des Güterverkehrszentrums und zur verkehrlichen Entlastung der Neustadt und Woltmershausens Übergangslösungen im Bereich des Straßenzuges Neuenlander Straße/Carl-Francke-Straße unerläßlich. In Hemelingen werden wir durch den Bau des Hemelinger Tunnels und den Ausbau der Georg-Bitter-Straße die Wohnquartiere vom Schwerlastverkehr entlasten. In Bremen-Nord haben für uns die Verlängerung der B 74 bis Farge, die Direktanbindung der Ihlpohler Heerstraße an die B 74, der Bau der Eckverbindung zwischen B 74 und Autobahn A 27 sowie der sechsspurige Ausbau der A 27 zwischen Burg-Lesum und Freihäfen Priorität.

### **2. ÖPNV entscheidend verbessern**

*Der ÖPNV ist in den vergangenen Jahrzehnten wie in keinem anderen Ballungsgebiet vernachlässigt worden. Investitionen in neue Strecken sind unterblieben, Straßenmaleisen hatten Hochkonjunktur.*

Wir werden die jahrzehntelangen politischen Planspiele durch konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ablösen. Unser Ziel ist es, die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel so attraktiv zu gestalten, daß Autofahrer vermehrt freiwillig auf Bahnen und Busse umsteigen. Statt - wie bisher geplant - rund 100 Millionen DM in Hochpflasterungen von Straßenbahnschienen zu stecken, wollen wir mit diesen und

weiteren Mitteln insbesondere den Ausbau des Straßenbahnnetzes vorantreiben. Mit der Verlängerung der Linie 6 bis Borgfeld/Lilienthal wollen wir die Universität, den Technologiepark und die Wohngebiete in Horn-Lehe anbinden sowie das neue Wohn- und Gewerbegebiet im Hollerland erschließen. Weiterhin wollen wir die Straßenbahnlinie 2 bis Osterholz-Tenever und bis zum Bahnhof Oslebshausen verlängern.

Der Neubau der Linie 4 wird von uns abgelehnt. Die vorgesehene Streckenführung über Schwachhauser Heerstraße, Horner Heerstraße und Lilienthaler Heerstraße wäre aufgrund der langen Fahrtzeiten wenig attraktiv und ließe sich nur unter Verzicht auf vorhandene PKW-Fahstreifen realisieren. Kilometerlange Verkehrsstaus wären damit programmiert.

Neben der Vergrößerung des Straßenbahnnetzes müssen insbesondere die Eisenbahnverbindungen ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die City-Bahn bis Farge verlängert und durch S-Bahn-Verbindungen in die wichtigsten Umlandstädte ergänzt wird. Darüber hinaus muß die Zahl der Park-and-Ride-Plätze an den Umland-Bahnhöfen und am Stadtrand deutlich erhöht werden, damit auch Einpendler aus Niedersachsen die Chance erhalten, ihren Bremer Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Wir wollen die seit 1989 bestehende Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (VBN) zu einem echten Verkehrsverbund weiterentwickeln. Bremerhaven, das bislang noch nicht Mitglied der VBN ist, muß ebenso wie weitere niedersächsische Städte und Landkreise in diesen Verkehrsverbund einbezogen werden.

Wir wollen darauf hinwirken, daß in der Region Bremen und Bremerhaven in Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Kommunen ein Konzept für den regionalen schienengebundenen Personennahverkehr entwickelt und umgesetzt wird. Damit sollen die hierfür vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzmittel zur Verbesserung des Angebotes im ÖPNV genutzt werden. Dadurch soll auch gewährleistet werden, daß das Land Niedersachsen sich in unserer Region mehr als bisher engagiert.

### **3. Erreichbarkeit der Bremer Innenstadt garantieren**

Wir werden endlich die Verkehrsbeziehungen zwischen Wirtschafts-, Besucher- und Anwohnerverkehr in der Innenstadt den gestiegenen Anforderungen anpassen und deshalb die Verkehrsführung in der Innenstadt neu regeln. Insbesondere der Durchgangsverkehr muß aus der Innenstadt verlegt werden, damit für den Einkaufsverkehr Platz geschaffen wird. Dazu wollen wir u. a. einen PKW-Tunnel unter Martini- und Faulenstraße (mit zwei Fahrspuren von der Doventorstraße bis Tiefer/Balgebrücke) bauen. Wir werden für den Bau dieses Tunnels ein Verfahren wählen, das den Verkehr nur geringfügig beeinträchtigt (Schildvortriebverfahren). Damit schaffen wir die Voraussetzungen, um die Straßenbahnlinien 2 und 3 von der Obern- in die Martinistraße zu verlegen sowie Martini- und Faulenstraße zu einem fußgängerfreundlichen Einkaufsbereich umzuwandeln. Weiterhin werden wir die Einbahnstraßenregelung in der Straße „Am Wall“ aufgeben, um die Erreichbarkeit der Innenstadt für den Individualverkehr zu verbessern und um - nach dem Umbau der Martinistraße - eine optimale Anbindung des motorisierten Individualverkehrs aus südlicher und westlicher Richtung zu gewährleisten.

Wir wollen die Attraktivität der Bremer Innenstadt steigern; das bedeutet mehr Besucher, Kunden und Arbeitsplätze. Auch bei erheblicher Verbesserung des ÖPNV kann deshalb nicht auf ein ausreichendes Parkplatzangebot im Innenstadtbereich verzichtet werden. Eine wünschenswerte Schließung der Parkhäuser Katharina und Mitte kommt für uns nur bei Ersatzbauten in Betracht. Als mögliche Standorte wollen wir Flächen im Bereich zwischen Herdentorsteinweg und Rudolf-Hilferding-Platz sowie im zukünftigen Promotionpark auf dem Güterbahnhofsgelände überprüfen.

#### **4. Straßen- und Radwegenetz sanieren**

*Der bisherige Senat hat die Unterhaltung und Sanierung von Straßen in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Während für die Erhaltung der Straßen in einem guten Zustand normalerweise jährlich 32 Millionen DM erforderlich wären, wurden tatsächlich nur Bruchteile dieser Summe investiert.*

Wir werden den desolaten Zustand vieler Straßen durch verstärkte Sanierungsmaßnahmen beseitigen. Die hierfür erforderlichen Mittel müssen durch Umschichtung im Haushalt bereitgestellt werden. Die bisherige Praxis, schadhafte Straßen wegen der fehlenden Verkehrssicherheit zu sperren oder in der Nutzung einzuschränken, wird die CDU beenden.

Das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Dies begrüßt die CDU und wird dafür sorgen, daß die Verkehrspolitik dieser Entwicklung Rechnung trägt. Deshalb werden wir entsprechende Mittel für die Radwegesanieierung bereitstellen, damit Fahrradfahren attraktiver wird und die Zentren mit dem Fahrrad sicher erreicht werden können.

### **VI. Neue Akzente im Umweltschutz**

#### **1. Nicht auf Kosten der Natur und kommender Generationen leben**

Umweltbelastungen machen nicht vor Landesgrenzen halt. Deshalb muß neben einer nationalen auch eine internationale Umweltpolitik umgesetzt werden. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig auch für das Land Bremen, daß im Rahmen der regionalen Möglichkeiten Umweltbelastungen zu vermeiden und vorhandene Schäden zu beseitigen sind. Wir alle sind aufgefordert, im Sinne eines ökologischen Generationenvertrages sorgsam mit den natürlichen Ressourcen und den Schätzen unserer Natur umzugehen.

Wir wollen Ökonomie und Ökologie versöhnen. Die von der CDU formulierte ökologische und soziale Marktwirtschaft fördert das wirtschaftliche Eigeninteresse für mehr Umweltschutz am besten. Unsere Aufgabe ist es, den Fortschritt in Wissenschaft, Forschung und Technik für den Umweltschutz zu nutzen. Wir werden eine Umweltpolitik verwirklichen, in der umweltfreundliches Verhalten belohnt und umweltschädliches Verhalten bestraft wird.

Wir werden den ordnungsrechtlichen Rahmen von Geboten und Verboten stärker mit marktwirtschaftlichen Instrumenten wie Benutzervorteilen und finanziellen Anreizen verbinden. Das Erheben von Gebühren und Abgaben als zusätzliche Einnahmequelle ohne ökologische Lenkungswirkung lehnen wir ab. Dies gilt zum Beispiel für die im Land Bremen eingeführte Grundwasserentnahmegebühr und das Sonderabfallabgabengesetz.

#### **2. Abfallpolitik auf die Zukunft ausrichten**

Abfallpolitik muß zunächst auf Abfallvermeidung und dann auf weitgehende Wiederverwertung ausgerichtet sein. Wir werden entsprechende Initiativen der CDU-geführten Bundesregierung wie das Kreislaufwirtschaftsgesetz, die Eindämmung der Verpackungslut und sichere Deponien unterstützen und im Land Bremen umsetzen.

Wir werden eine Abfallgebührenregelung einführen, bei der die tatsächlichen Entsorgungskosten Bemessungsmaßstab sind, nicht aber ideologische und politische Ziele oder schlecht organisierte Entsorgungsbetriebe. Abfallgebühren in Bremen und Bremerhaven müssen nach dem Verursacherprinzip und nicht aufgrund zwangsweise ver-

ordneter Müllgroßbehälter oder festgesetzter Mindestgefäßvolumen erhoben werden. Angesichts der besonderen Baustruktur in Bremen werden wir handhabbare Müllgefäße, die auch von älteren Mitbürgern transportiert werden können, einführen und das Verschandeln des Stadtgebietes mit Müllbehältern beenden.

Wir werden die bisherigen Fragmente einer punktuellen Abfallpolitik durch ein mit dem niedersächsischen Umland abgestimmtes Entsorgungskonzept mit klaren Regelungen und verlässlichen Vorgaben für die Bürger und die Wirtschaft ersetzen. Die bisherige Vertragspolitik in der Abfallentsorgung werden wir beenden und eine moderne und umweltfreundliche Nachfolgeeinrichtung für die bisherige Müllverbrennungsanlage Bremen schaffen. Einen Mülltourismus, auch innerhalb des Landes Bremen, lehnen wir ab.

Die Stadt Bremen braucht mittelfristig neue Deponiekapazitäten, hierfür bedarf es auch entsprechender Verhandlungen mit dem Umland. Wir werden dabei klären, welche anderen Standortalternativen es gibt. Die Standorte Hemelinger Marsch und Klöckner-Gelände kommen für die CDU nicht in Frage. Wir brauchen für eine neue Deponie nicht weitere Gutachten und „Runde Tische“, sondern einen politischen Konsens aller Beteiligten und Betroffenen.

### **3. Pflanzen- und Tierwelt sichern**

Die CDU tritt für eine weitere Sicherung der Pflanzen- und Tierwelt ein, weil diese als wesentlicher Bestandteil der Natur menschliches Leben erst lebenswert machen, dies gilt auch für das Land Bremen. Wir wollen einen wirksamen Artenschutz, um wildlebende Tier- und Pflanzenarten dauerhaft zu erhalten. Dazu gehört auch, daß vermeidbare Eingriffe in den Naturhaushalt wieder rückgängig gemacht werden, zum Beispiel durch Entsiegelung wasserundurchlässiger Flächen.

Die bisherige Naturschutzpolitik in Bremen und Bremerhaven wurde in erster Linie mit dem Blick auf Flächenstatistik und weniger auf die inhaltliche Notwendigkeit besonderer Schutzmaßnahmen durchgeführt. Wir wollen, daß der Naturschutz nicht länger als Hebel für wirtschaftsfeindliche Verhinderungspolitik mißbraucht wird. Naturschutz muß seinen eigenen Ansprüchen gerecht werden, damit er nicht seine Akzeptanz verliert. Es ist nicht allein Aufgabe des Staates, bedrohte Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu schützen. Wir wollen deshalb auch die Bürger davon überzeugen und in diese Aufgabe einbeziehen. Wir werden sicherstellen, daß unter Berücksichtigung der Schutzziele die Naturschutzgebiete für die Bürger erlebbar und betretbar bleiben.

Obwohl die Grünflächen und das Straßenbegleitgrün in den vergangenen Jahren zugenommen haben, gingen die Pflegeleistungen zurück. Wenn die öffentliche Hand die eigenen Flächen verwahrlosen läßt, dann ist dies ein schlechtes Vorbild und Ärgernis für die Bürger. Wir werden durch entsprechendes Einschalten privater Unternehmen wieder dafür sorgen, daß die Grünanlagen ausreichend gepflegt werden. Hierbei können vermehrte Patenschaften von Bürgern für einzelne Bäume bzw. Flächen eine hilfreiche Entlastung sein.

Wir treten für einen wirksamen Tierschutz ein und unterstützen insbesondere Maßnahmen, die Tiertransporte deutlich reduzieren und Transportzeiten begrenzen.

#### **4. Freiwilliges ökologisches Jahr und Umwelterziehung**

*Die CDU-geführte Bundesregierung hat seit langem die Voraussetzungen für die Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres für junge Menschen geschaffen. Der bisherige Senat hat gezögert, dies in Bremen umzusetzen und plant lediglich 5 Plätze im Jahr.*

Wir werden die Möglichkeiten für die Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres im Lande Bremen erweitern. Im Rahmen dieses Jahres sollen mehr junge Menschen einen Beitrag zu einem besseren Grundverständnis zwischen Mensch und Umwelt leisten können. Die bisherige Beschränkung auf fünf Plätze pro Jahr werden wir aufheben.

Wir werden im Unterricht an bremischen Schulen dem Gedanken der Bewahrung der Schöpfung in den dafür geeigneten Fächern mehr Bedeutung verschaffen.

Wir wollen damit dazu beitragen, daß der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen, das friedliche Miteinander von Mensch und Natur und die Rückführung der von unserer Wirtschaftsweise ausgehenden Belastungen für uns und zukünftige Generationen zum selbstverständlichen Gedankengut unserer Kinder werden.

### **VII. Bremen und Bremerhaven müssen sicher werden**

#### **1. Kriminalität und Gewalt bekämpfen**

*Jährlich werden weit über 100.000 Menschen in Bremen Opfer von Straftaten. Nur jedes dritte Verbrechen wird aufgeklärt. Alleinstehende Frauen, ältere Mitbürger und Kinder sind besonders gefährdet. Viele Menschen haben Angst, in den Abendstunden ihr Haus zu verlassen.*

Die CDU setzt einen Schwerpunkt ihrer Politik bei der Bekämpfung der Kriminalität. Unsere beiden Städte dürfen bei den Straftaten nicht länger an der Spitze der deutschen Großstädte stehen. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven haben ein Recht auf ein sicheres Lebensumfeld, denn dies ist ein Ausdruck von Lebensqualität. Wir werden dem Rechtsstaat wieder die erforderliche Anerkennung verschaffen und uns konsequent gegen die Mißachtung von Freiheit, Leib und Leben sowie öffentlichem und privatem Eigentum einsetzen.

Wir werden, neben den rechtsstaatlichen Mitteln, auch verstärkt auf die Prävention setzen, um dem bedrohlichen Anstieg der Gewalt entgegenzuwirken. Gerade die Straftaten mit links- und rechtsextremistischem Hintergrund sowie gegen ausländische Mitbürger und deren Unterkünfte zeigen, daß dies eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte ist. Dazu zählen vor allem das Elternhaus, die Schulen, die Kirchen, die Gewerkschaften, die in der Sozialarbeit tätigen Institutionen, die Wirtschaft und auch die Medien.

#### **2. Polizeipräsenz vor Ort stärken**

*Die Polizei ist in den letzten Jahren personell und sachlich unzureichend ausgestattet worden und sie hat nicht die Rückendeckung des SPD-geführten Senats. Dieser plant Polizeireviere zu schließen und läßt die Polizei mit veralteter Technik arbeiten.*

Die CDU wird der Polizei die dringend notwendige politische Unterstützung geben. Die Polizei erbringt einen unverzichtbaren Beitrag, den Menschen ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum staatlichen Gewaltmonopol, es gehört zu den Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Polizeipräsenz vor Ort gestärkt wird. Eine Polizeireform mit dem Ziel, vorhandene Reviere zu schließen (oder nur zu bestimmten Zeiten besetzt zu halten) wird es mit uns nicht geben. Zum Schutz der Bevölkerung sollen Fußstreifen vermehrt auch in Bussen und Bahnen eingesetzt werden. Die Vollzugspolizei soll sich auf die aktive Bekämpfung und Verhütung von Straftaten konzentrieren und von polizeifremden Tätigkeiten (z. B. Durchführung von Werttransporten oder das Entstempeln von Kfz-Schildern) befreit werden. Verwaltungstätigkeiten sind weitestgehend von Angestellten wahrzunehmen. Die technische Ausstattung der Polizei ist zu modernisieren. Die zweigeteilte Laufbahn der Polizei wird nach Maßgabe der Haushalts- und Ausbildungsmöglichkeiten von uns zügig umgesetzt werden.

Die beste Sicherheit bietet eine gut funktionierende Nachbarschaft. Helfen statt wegsehen ist gefordert. Eine aktive Zusammenarbeit mit der Polizei ist ebenfalls notwendig. Nur gemeinsam können Straftaten bekämpft werden. Die CDU tritt für die Bildung von Sicherheitsbeiräten (Behördenvertreter, Sachverständige, interessierte Bürger) in Bremen und Bremerhaven ein, um präventive Lösungsansätze gegen ortstypische Kriminalitätsstrukturen zu entwickeln.

### **3. Wirtschafts- und Umweltstraftaten wirksam entgegentreten**

*Wirtschaftskriminalität und Umweltdelikte sind die Ursache für einen großen volkswirtschaftlichen Schaden und stellen eine Belastung für die Umwelt dar.*

Die CDU wird die Gewerbeaufsichtsämter, Verwaltungs- und Kriminalpolizei, Ausländerbehörde, Steuerfahndung, Umweltbehörde und Staatsanwaltschaft in Bremen und Bremerhaven zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Umweltkriminalität stärken. Zu bekämpfen sind Umweltverstöße von Betrieben und Einzelpersonen ebenso wie Subventionsbetrug, Steuerhinterziehung, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit. Die beteiligten Behörden sollen personell und technisch in die Lage versetzt werden, wirksam gegen Wirtschafts- und Umweltkriminalität vorzugehen. Ein unbürokratischer Informationsaustausch in Rahmen von Amtshilfe ist zu gewährleisten. Bei der Weiterentwicklung des Datenschutzes wird die CDU darauf hinwirken, daß Datenschutz nicht Täterschutz wird.

### **4. Rechtsbewußtsein stärken, rechtsfreie Räume beseitigen**

*Es gibt Bestrebungen, sogenannte geringfügige Delikte (z. B. Ladendiebstähle) strafrechtlich nicht mehr zu verfolgen. - Nutzungsverträge mit Besetzern, fehlende Polizeipräsenz bei den jährlichen Silvesterkrawallen im Ostertor und die Untätigkeit bei gewaltsamen Demonstrationen wie am 3. Oktober 1994 zeigen, daß der bisherige Senat die autonome Szene relativ ungestört agieren läßt.*

Wir werden uns allen Versuchen widersetzen, die zum Beispiel Ladendiebstähle oder Drogenkonsum bagatellisieren und der Strafverfolgung entziehen wollen. Solche Bestrebungen stellen für die CDU eine Kapitulation vor dem Unrecht dar und zerstören das Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung. Kriminalität wird nicht dadurch beseitigt, daß sie nicht mehr als solche behandelt wird.

Die CDU tritt für die umgehende Räumung besetzter Häuser oder illegaler Wagenburgen ein. Der Staat darf nicht vor Gewalttätern zurückweichen.



Wir werden die Vorbereitung von Gerichtsverfahren beschleunigen. Dies gilt insbesondere im Jugendstrafrecht.

## **5. Organisierte Kriminalität und Drogenhandel bekämpfen**

*International tätige Menschenhändlerringe und Autoschieberbanden treiben in Bremen und Bremerhaven ihr Unwesen. Schutzgelderpressungen kommen tagtäglich vor. - Das Land Bremen hat sich in den letzten Jahren zu einer Hochburg des Drogenhandels entwickelt, 63 Drogentote im Jahr 1994 sind die traurige Bilanz*

Der Bekämpfung der organisierten Kriminalität räumt die CDU hohe Priorität ein. Die CDU ist für den Einsatz moderner technischer Mittel zum Zwecke der optischen und akustischen Überwachung von Dealerringen und mafiaähnlichen Organisationen. Der Einsatz von verdeckten Ermittlern ist ebenso zwingend erforderlich für die erfolgreiche Bandenbekämpfung. Die CDU tritt für eine internationale Polizeizusammenarbeit ein, insbesondere zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Rauschgifthandels.

Nachdrücklich spricht sich die CDU gegen eine Drogenfreigabe und Entkriminalisierung von Drogenerwerb, -besitz oder -konsum aus. Eine offene Drogenszene wird die CDU mit allen rechtsstaatlichen Mitteln massiv bekämpfen. Einschlägige Lokale, in denen mit Drogen gehandelt wird, werden verstärkt überwacht. Bei Nichteinhaltung von Auflagen ist die Gaststättenkonzession zu entziehen.

Eine aktive Drogenbekämpfung wird auch zu einem spürbaren Rückgang der Beschaffungskriminalität wie Einbrüchen, Ladendiebstählen und Autoaufbrüchen führen.

## **VIII. Verbesserte Zukunftschancen durch eine andere Bildungs- und Hochschulpolitik**

### **1. Bildungsinhalte verändern und Unterrichtsausfall beseitigen**

Wir wollen, daß unsere Kinder mit Freude lernen und zu selbständigem, verantwortungsbewußtem und kreativem Handeln befähigt werden. Neben der Vermittlung von Wissen muß eine an christlichen und humanistischen Werten orientierte Erziehung wieder größere Bedeutung bekommen. Gerade angesichts zunehmender Orientierungslosigkeit junger Menschen kommt es darauf an, ihnen unverzichtbare soziale Grundlagen zu vermitteln. Einsatzbereitschaft für den Schwächeren, Toleranz und Achtung für den Mitmenschen müssen ebenso anerkannt und gefördert werden wie Leistungsbereitschaft, Interessen und Begabungen. Dabei streben wir eine enge Zusammenarbeit der Schulen mit den Eltern an, deren Erziehungsrechte zu sichern sind.

Die CDU tritt dafür ein, die im europäischen Vergleich zu langen Ausbildungszeiten zu verkürzen. Dazu gehört für uns die Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Schuljahre bei gleichzeitiger Straffung der Lehrpläne. Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder ihrem jeweiligen Alter gemäß unterrichtet und gefördert werden. Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen müssen wieder verstärkt gelehrt und gelernt werden. Darüber hinaus soll mehr musischer Unterricht erteilt werden.

Wir werden die Lehrpläne überarbeiten lassen, damit die Lehrinhalte lebensnäher und praxisbezogener werden. Die einzelnen Fächer sind besser aufeinander abzustimmen. Das Zusammenwachsen Europas verlangt ein vertieftes Verständnis für andere Völker und Kulturen. Die internationale Zusammenarbeit erfordert eine Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts, des Schüleraustausches und der Schulpartnerschaften.

Eine gute inhaltliche Arbeit erfordert aber auch gute äußere Rahmenbedingungen. Die CDU wird die Sanierung der Schulbauten voranbringen und auf einen effektiven Einsatz des vorhandenen Schulraumes hinwirken. Dabei wird zu prüfen sein, inwieweit zur Zeit anders genutzte Schulräume wieder für den Schulunterricht eingesetzt werden können.

Wir werden den Unterrichtsausfall in den Schulen abbauen, denn auch die besten Lehrpläne nützen nichts, wenn sie nicht umgesetzt werden. Obwohl Bremen - gemessen an den Schülerzahlen - mehr Lehrer als jede andere deutsche Großstadt hat, fällt nach wie vor ständig Unterricht aus. Die Strukturen des Bremer Stufenschulsystems sind entscheidend zu verändern, damit ein effektiver Einsatz der zur Verfügung stehenden Lehrer erfolgt. Dadurch wird der Unterrichtsausfall reduziert.

## **2. Schulstrukturen ändern und Schularten aufwerten**

Statt der bisherigen Tendenz zur Gleichmacherei streben wir die individuelle Förderung der Schüler an. Darum werden wir im Interesse aller Beteiligten die vorhandenen Schulstrukturen behutsam ändern. Schritt für Schritt werden wir das auch aus pädagogischen Gründen unzureichende Stufenschulsystem durch das gegliederte Schulsystem mit eigenständigen Grund-, Haupt-, Realschulen und durchgängigen Gymnasien sowie Berufs- und Sonderschulen ersetzen. Innerhalb der jetzigen Schulzentren müssen die einzelnen Schularten in ihrem jeweils eigenständigen Bildungsauftrag gestärkt werden. Die Orientierungsstufe soll in ihrer jetzigen Form aufgelöst und den gegliederten Schulen angefügt werden. Diesen Prozeß werden wir umgehend einleiten.

Die integrierten Gesamtschulen haben sich nicht als eine bessere Alternative zum gegliederten Schulsystem erwiesen. Darum werden wir keine weiteren Gesamtschulen einrichten. Die bestehenden Gesamtschulen dürfen zukünftig finanziell nicht besser gestellt werden als andere Schulen. Wir wollen, daß Eltern die Schulen der Sekundarstufen I und II für ihre Kinder im Rahmen der Kapazitäten frei wählen können.

Ziel der Förderung behinderter Kinder ist die Rehabilitation, also: die Eingliederung in die Gesellschaft und das Berufsleben. Das kann auf unterschiedliche Weise geschehen - durch Unterricht in Sonderschulen, durch ambulante, behinderungsspezifische Hilfe oder in gemeinsamem Unterricht in Integrations- bzw. Kooperationsklassen. Wo immer es möglich und pädagogisch vertretbar ist, sollen behinderte Schüler in den normalen Unterricht integriert werden. In enger Zusammenarbeit mit dem Elternhaus werden wir durch gemeinsame Erziehung von Behinderten und Nichtbehinderten das Miteinander und die Integration fördern. Dennoch werden - trotz aller Bemühungen um gemeinsamen Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten - auch in Zukunft Sonderschulen notwendig sein.

Die CDU sieht in den Privatschulen eine Bereicherung der Schullandschaft, denn sie bieten eine pädagogische Alternative zum öffentlichen Schulsystem. Wir werden diese Schulen deshalb unterstützen und fördern. Eltern aller sozialen Schichten sollen die Möglichkeit haben, ihr Kind in eine Privatschule zu schicken. Auch das gehört zur freien Schulwahl. Die Privatschulen arbeiten in Bremen unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Die staatlichen Zuschüsse sind weitaus geringer als in anderen Bundesländern, obwohl jeder Privatschüler den Steuerzahler ca. DM 6.600 jährlich weniger kostet als ein Schüler, der eine städtische Schule besucht. Eine angemessene finanzielle Bezuschussung privater Schulen ist unabdingbar.

Unser duales Ausbildungssystem in der beruflichen Bildung wird in vielen Ländern nachgeahmt und ist ein entscheidender Bestandteil der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir werden die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Anpassung an die ständig steigenden Anforderungen in der Aus-, Weiter- und Fortbildung schaffen. Nicht die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung, sondern die gleichwertige Förderung trägt zur Aufwertung der beruflichen Bildung bei. Wir setzen

uns dafür ein, daß bei der beruflichen Bildung eine Differenzierung mit Zusatzangeboten für besonders begabte ebenso wie für leistungsschwächere Jugendliche erfolgt. Der Zugang besonders qualifizierter Berufstätiger auch ohne Abitur zur Hochschule muß verbessert werden.

### **3. Hochschulen weiter ausbauen**

Für die CDU ist die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Infrastruktur im Hinblick auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Region von zentraler Bedeutung. Die verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung sind deshalb für die CDU Schwerpunkte des Investitionssonderprogramms.

Wir werden darauf hinwirken, daß die Hochschulen im Land Bremen neue, leistungsfähige, national und international anerkannte Studiengänge und Forschungsschwerpunkte schaffen. Absprachen mit anderen Hochschulen im norddeutschen Raum sind hierbei notwendig, um eine unnötige Konkurrenz zu vermeiden.

Zukunftsorientierte Studien- und Forschungsschwerpunkte sind aus unserer Sicht vor allem Informationswissenschaften, Mikrotechnologie, Logistik und Systemtechnik, Biotechnologie, Weltraumforschung, Umwelttechnologie, Wirtschaftswissenschaften und Meeresforschung.

Wir wollen die Wettbewerbssituation der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven weiter verbessern. Dazu sind unter anderem folgende Maßnahmen notwendig: Umsetzung einer Studienreform mit dem Ziel einer Verkürzung der Studienzeiten, bessere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft zur Förderung des Wissenschaftstransfers, Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es auch Studierenden mit Kindern ermöglichen, ihr Studium in angemessener Zeit erfolgreich zu beenden. Im Rahmen der Eigenverantwortung ihrer Finanzmittel müssen die Hochschulen auch die Zuständigkeit für die Personalverantwortung erhalten.

### **4. Ein attraktives Kulturangebot fördern**

*Ein attraktives Kulturangebot ist Teil der Lebensqualität und zunehmend auch ein Standortfaktor für ansiedlungswillige Unternehmen. Der SPD-geführte Senat hat es versäumt, die Hansestadt zu einem Kulturstandort von überregionaler Bedeutung zu machen und dem mittlerweile erheblichen Sanierungsbedarf der Kultureinrichtungen nachzukommen. Außerdem leidet auch die Stadtteilkultur unter erheblichem Finanzmangel. Die Schließung der meisten Stadtteilbibliotheken ist bisher die einzige Antwort des Ampelsenats auf dieses Problem.*

Die CDU wird sowohl Spitzen- wie auch Breitenkultur fördern. Auf der Grundlage eines Zeit- und Maßnahmenkataloges werden wir die Sanierung der wertvollen, aber baulich verwahrlosten Bremer Kultureinrichtungen (z. B. Museen, Kunsthalle) in Angriff nehmen beziehungsweise vorantreiben. Existenz und Leistungskraft bewährter kultureller Institutionen wird die CDU langfristig sowohl personell als auch materiell sicherstellen. Dazu zählen beispielsweise die Theater, die Orchester und die Musikschule. Wir wollen uns für eine Kulturstiftung in freier Trägerschaft einsetzen, die ergänzend zu privaten Zuwendungen auch staatliche Förderung erhalten kann. Wir werden ein Marketingkonzept für das Land und die Stadt Bremen erarbeiten, das die Kultureinrichtungen als attraktiven Teil der Außenwirkung Bremens darstellt.

Wir wollen die kulturelle Vielfalt auch in den Stadtteilen erhalten. Trotzdem ist eine verstärkte Abstimmung und Zusammenarbeit der Kulturzentren und -läden, Bürgerhäuser sowie Initiativen vor Ort notwendig, um die verfügbaren Finanzen möglichst konzentriert

und effektiv einzusetzen. Neben der notwendigen Verbesserung der Attraktivität der Stadtbibliothek wollen wir einen tragfähigen Kompromiß zwischen der erforderlichen Verlängerung der Öffnungszeiten einerseits und einer größtmöglichen Anzahl von Standorten zur Gewährleistung der Versorgung der Stadtteile andererseits. Die CDU will in der Stadt Bremen neben der Zentralbibliothek, der Musikbibliothek, der Graphothek und der Busbibliothek dreizehn Standorte mit integrierten Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbibliotheken erhalten. Zur Verlängerung von Öffnungszeiten sind auch ehrenamtlich Tätige einzubeziehen. Dafür könnten z.B. stadtteilbezogene Fördervereine aufgebaut werden.

## **IX. Soziales Handeln auf die Menschen ausrichten**

### **1. Sozialausgaben zielgerichtet einsetzen**

Die CDU will, daß den wirklich Hilfsbedürftigen in unseren beiden Städten gezielt und wirksam geholfen wird. Dabei wollen wir Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe stärken. Um dieses zu erreichen, werden wir die staatlichen Leistungen auf ihre Sachgerechtigkeit überprüfen.

Wir werden die Sozialpolitik neu ausrichten. Dazu gehört in erster Linie eine Sozialverwaltung, die effizient und bürgernah arbeiten kann. Die Menschen, die Hilfe brauchen, müssen besser beraten werden. Dies ist nur möglich, wenn die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Sozialverwaltung von unnötigen bürokratischen Arbeitsabläufen und Konferenzen entlastet werden.

Wir werden Möglichkeiten zur gemeinnützigen Arbeit schaffen, um alle arbeitsfähigen und insbesondere junge Sozialhilfeempfänger möglichst schnell in den Arbeitsalltag zurückzuführen. Bei Vergabe von Aufgaben an private Unternehmen sind sozialhilfegestützte Arbeitsplätze zu ermöglichen (z.B. öffentliches Grün). Die gesetzlichen Möglichkeiten des § 19 BSHG sind auszuschöpfen.

Wir werden auch den Mißbrauch von Sozialleistungen konsequent bekämpfen. Schwarzarbeit und Leistungsmißbrauch sind keine Kavaliersdelikte. Sie sind unmittelbare Angriffe auf die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates.

### **2. Situation der Familien verbessern**

Für die CDU ist die Stärkung der Familie ein zentrales Anliegen ihrer Politik. Die Familie leistet in unserer Gesellschaft Dienste, die weder hinsichtlich ihres ideellen Wertes noch materiell zu bezahlen sind. Die finanziellen Belastungen und Benachteiligungen von Familien müssen so weit wie möglich abgebaut werden.

Die Bedürfnisse der Familien müssen in allen Lebensbereichen mehr berücksichtigt werden. Wir halten eine familienfreundliche Arbeits- und Ausbildungswelt für erforderlich, wozu vorrangig ein vermehrtes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen gehört. Der öffentliche Dienst muß mit gutem Beispiel vorangehen. Darüber hinaus unterstützen wir Modellvorhaben in der freien Wirtschaft, die diese Ziele verfolgen.

Wir streben einen bedarfsgerechten Ausbau der Kindergarten- und Hortplätze an, wobei wir bei den Bau- und Ausbaukosten äußerst sparsam mit dem vorhandenen Geld umgehen werden. Durch übertriebene Standards und umständliche Genehmigungsverfahren liegt Bremen mit den Kosten pro Kindergartenplatz weitaus höher als alle anderen Bundesländer und Kommunen. Wir fordern eine enge Kooperation mit den freien Trägern, um möglichst viele Kindergartenplätze in deren Einrichtungen zu schaffen. Wir sind für die Nutzung von Räumen in Schulen, Jugendfreizeitheimen oder bei Sportvereinen, um möglichst schnell und preiswert neue Kindergartenplätze zur Verfügung stellen zu können.

### **3. Chancen von Frauen erhöhen**

Die Politik der CDU setzt auf die Partnerschaft von Mann und Frau. Wir wollen, daß sich Frauen und Männer frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten. Sie sollen in verschiedenen Lebenslagen unterschiedliche Schwerpunkte wählen können.

Wir treten dafür ein, daß die Zuwendung zum Kind und das Engagement für den Beruf von Frauen und Männern partnerschaftlich getragen werden. Dazu gehört, daß auch junge Männer eine Lebensphase einplanen können, in der die Zeit für die Familien mindestens ebenso wichtig ist wie die Zeit für die Berufsausübung. Mit der Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub für Mütter und Väter sowie der Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung werden Erziehungsleistungen auch materiell anerkannt.

Wir setzen uns dafür ein, daß das Angebot zur Weiterbildung und Weiterqualifizierung für die berufstätigen, aber auch für die nicht berufstätigen Männer und Frauen, die den Anschluß an die veränderten Anforderung des Berufslebens behalten wollen, verbessert wird. Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsplätze können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

### **4. Junge Menschen zu mehr Engagement ermutigen**

Für uns ist Politik für Jugendliche ein Bestandteil aller Politikbereiche. Für weitsichtige Lösungen der gegenwärtigen Probleme und die verantwortungsvolle Bewältigung zukünftiger Aufgaben brauchen wir auch in Bremen und Bremerhaven die Mitarbeit, das Engagement und die Ideen junger Menschen.

Das Engagement der Jugendverbände wird in der Öffentlichkeit häufig unterschätzt. Wir wollen die Arbeit der Verbände stärken. In der Jugendarbeit soll der ehrenamtliche Einsatz wieder vor hauptamtlichem Aktivismus stehen. Die Jugendfreizeitheime in Bremen und Bremerhaven erfüllen ihre Ansprüche schon lange nicht mehr. Die kostspielige Unterhaltung dieser Anlagen nützt nur einem sehr kleinen Besucherkreis. Wir wollen statt staatlich organisierter Freizeit die Unterstützung freier Verbände und Initiativen.

### **5. Bedeutung des Sports stärken**

Die CDU wird die Bedeutung des Sports im Bewußtsein der Öffentlichkeit stärken, damit sein Wert für die Gesellschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik mehr als bisher anerkannt wird. Sport hält nicht nur psychisch und physisch gesund, sondern hat gleichzeitig einen pädagogischen Wert und ist ein Ausdruck der Lebensfreude. Die CDU bekennt sich zur Förderung des Sports als öffentliche Aufgabe und setzt sich dafür ein, daß die Förderung des Sports als Staatsziel in die Bremische Verfassung aufgenommen wird.

Die CDU sieht die Sportvereine als wichtige Partner bei der Gestaltung der Freizeitangebote. In Sportvereinen treffen sich Männer und Frauen, Kinder und Jugendliche aller Schichten. Damit sind Sportvereine auch Orte menschlicher Begegnung und sozialer Kontakte. Die CDU wird das ehrenamtliche Engagement von Trainern, Sportlern und Funktionären stärken, die ihre Freizeit dem Sport widmen.

Wesentliche Voraussetzung für die Leistung des im Verein verankerten Breitensports ist die gesetzliche Absicherung der Sportförderung im Land Bremen, um dem Sport einen Anspruch auf Unterstützung und damit ein hohes Maß an Freiheit und Unabhängigkeit zu garantieren.

Leistungssport und Breitensport bedingen einander und dürfen daher weder gegeneinander ausgespielt noch voneinander getrennt werden. Ohne ein Ineinandergreifen von Breitensport und Leistungssport ist eine erfolgreiche Talentsuche und Talentförderung nicht möglich. Die CDU unterstützt daher auch den Leistungs- und Spitzensport, der sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewußt ist, weil von ihm entscheidende Impulse für die Verbreitung und Entwicklung des Sports insgesamt aufgehen.

## **6. Gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern gewährleisten**

Die CDU verfolgt das Ziel, ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern zu gewährleisten. Hierbei ist nicht nur der Staat, sondern die Gesellschaft insgesamt gefordert. Sportvereine, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Jeder Form der Diskriminierung erteilt die CDU eine deutliche Absage. Fremdenfeindlichkeit darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Die CDU wird die Integration der hier lebenden Ausländer weiter voranbringen. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit zur erleichterten Einbürgerung für lange hier lebende beziehungsweise für hier geborene Ausländer.

## **7. Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter sicherstellen**

Der Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Für die Menschen ist das Alter ein eigenständiger Lebensabschnitt, den sie aktiv gestalten wollen. Schon jetzt bringen ältere Menschen ihre Erfahrung, ihre Tatkraft und ihr ehrenamtliches Engagement zu ihrem eigenen und dem Nutzen anderer ein. Wissensbörsen und Seniorenexpertendienste geben den Älteren die Möglichkeit, sinnvolle Tätigkeiten mit der Hilfe für andere Menschen zu verbinden. Diese Entwicklung wird die CDU weiter fördern und stärken.

Die CDU wird die Teilnahme und Mitwirkung der älteren Menschen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens fördern. Viele Möglichkeiten ergeben sich gerade in der Kommunalpolitik. Bei der Stadtplanung, der Wohnungsbaupolitik und den Kulturangeboten ist die Mitwirkung der Älteren ebenso unverzichtbar wie in der Altenhilfe und Sozialpolitik.

Die von der CDU initiierte Pflegeversicherung ist am 1. Januar 1995 in Kraft getreten. Dieses Gesetz wird die Situation der Pflegebedürftigen und der Pflegenden erheblich verbessern. Für das Land Bremen sowie die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ergeben sich dadurch erhebliche Einsparungen im Bereich der Sozialhilfeaufwendungen. Ein Teil dieser Einsparungen werden wir für Investitionen zur Verbesserung der Pflegestruktur verwenden.

Um bei zunehmender Hilfsbedürftigkeit ein Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen, müssen umfangreiche ambulante Angebote verlässlich zur Verfügung stehen. Deshalb werden wir die Dienstleistungszentren und ihre Nebenstellen bedarfsgerecht ausbauen und zu Sozialstationen weiterentwickeln, damit auch die häusliche Pflege bürgernah organisiert ist. Hierzu gehört auch die bessere soziale Absicherung der Nachbarschaftshelferinnen, die einen unverzichtbaren Bestandteil der ambulanten Versorgung erfüllen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden den realistischen Bedarf an Alten- und Pflegeheimplätzen ermitteln und eine möglichst breite Vielfalt der Angebote unterstützen.

## **8. Integration von Behinderten voranbringen**

Für die CDU ist die Integration Behinderter von besonderer Bedeutung. Die CDU-geführte Bundesregierung hat inzwischen erreicht, daß ein Benachteiligungsverbot für Behinderte in das Grundgesetz aufgenommen wurde. Frühförderung, Erziehung und Betreuung in Kindertagesstätten, schulische und berufliche Bildung und Ausbildung, Arbeits- und Lebensmöglichkeiten, die die besonderen Bedürfnisse behinderter Menschen berücksichtigen, tragen dazu bei, die Integration zu fördern. Dazu gehört auch ein ausreichendes Angebot an behindertengerechten Wohnungen, die wir - auch durch Umbau vorhandener Wohnungen - schaffen wollen.

Die individuelle Schwerstbehindertenbetreuung ist inzwischen unverzichtbarer Bestandteil eines selbstbestimmten Lebens Behinderter. Sie wird von uns gefördert und soll weiter ausgebaut werden. Durch gezielte Maßnahmen werden wir erreichen, daß sich Behinderte im öffentlichen Leben so leicht, so einfach und so sicher wie möglich bewegen können. Den öffentlichen Personennahverkehr werden wir konsequenter auf die Bedürfnisse von Behinderten ausrichten.

Wir werden auch neue Konzeptionen des Zusammenlebens behinderter Menschen unterstützen, zum Beispiel beim Aufbau von Wohngemeinschaften.

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, damit Betriebe mehr als bisher die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter erfüllen. Über Verhandlungen mit den Arbeitsämtern, Kammern und Arbeitgeberverbänden werden wir versuchen, die Möglichkeiten einer dauerhaften Eingliederung Behinderter zu verbessern.

## **9. Vorsorge und Versorgung im Gesundheitsbereich verbessern**

Die CDU wird die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen sowie die Information über Gesundheitsvorsorge und Früherkennung von Krankheiten in den Mittelpunkt ihrer Gesundheitspolitik stellen.

Die bedarfsgerechte Krankenhausversorgung setzt eine sorgfältige Planung voraus, die sowohl ein leistungsfähiges und effizient arbeitendes Versorgungssystem von stationären Einrichtungen als auch die Möglichkeit der ambulanten Krankenpflege und des ambulanten Operierens sichert. Wir werden dabei die Ansätze der Gesundheitsstrukturreform aufgreifen und weiterentwickeln. Kranke Menschen müssen die ihrem Krankheitszustand entsprechende bestmögliche Behandlung erhalten.

Wir werden durch gezielteren Einsatz der Mittel die Arbeitsfähigkeit der Krankenhäuser im Sinne der Menschen wieder sichern und ausbauen. Zur Mobilisierung finanzieller Reserven ist die Selbstverwaltung weiter zu stärken und privates Kapital für den Krankenhaussektor nutzbar zu machen. Für die CDU gehört dazu, daß die kommunalen Krankenhäuser in privatwirtschaftlicher Form betrieben werden.

Für die CDU sind präventive Maßnahmen wichtiger Bestandteil einer verantwortungsvollen Drogenpolitik. Durch eine umfassende Aufklärung werden wir dazu beitragen, den Einstieg in die Drogensucht zu verhindern und Abhängigkeit frühzeitig zu erkennen. Drogenprävention muß dort versucht werden, wo junge Menschen anzutreffen sind, d. h. in Schulen, in Betrieben, in Jugendeinrichtungen und Diskotheken. Wir werden die Beratungs- und Hilfsangebote so ausbauen, daß entzugs- und ausstiegswilligen Drogenabhängigen sofort und ohne bürokratische Verzögerung in Therapieeinrichtungen vermittelt werden. Neben den stationären Therapien werden wir die Behandlungsformen differenziert und flexibel ausbauen. Dazu gehören ambulante und teilstationäre Angebote. Den Abhängigen müssen auf ihrem Weg aus der Sucht Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden, um die neugewonnene Zeit sinnvoll auszufüllen.

Wir werden weiterhin Methadon bzw. Polamidon als Substitutionsangebot für Drogensüchtige bereitstellen, für die eine drogenfreie Therapie noch nicht in Betracht kommt. Die Abgabe von Methadon darf nur in Tagesrationen und unter ärztlicher Aufsicht und Kontrolle erfolgen. Substituierte Drogenabhängige müssen psychosozial betreut werden. Obdachlose Drogenabhängige über das ganze Stadtgebiet zu verteilen, ist der falsche Weg. Wir werden die Drogenpolitik des bisherigen Senats beenden und durch ein neues besseres Konzept ersetzen.

## **X. Bürokratie abbauen, Verwaltung bürgernah gestalten**

### **1. Öffentliche Verwaltung auf notwendige Aufgaben konzentrieren**

*Ob bei der Kfz-Zulassung, auf dem Einwohnermeldeamt, dem Sozialamt oder bei der Erteilung von Baugenehmigungen, überall muß der Bürger vielfach lange Warte- und Bearbeitungszeiten in Kauf nehmen. Darüber hinaus hat der SPD-geführte Senat über Jahrzehnte die Personal- und Sachkosten der Verwaltung unkontrolliert in die Höhe schießen lassen.*

Wir wollen, daß die staatlichen und kommunalen Verwaltungen Bremens und Bremerhavens sich auf den Bürger als Kunden und Auftraggeber ausrichten. Als „öffentliches Dienstleistungsunternehmen“ muß die Verwaltung ihre Aufgaben bedarfsgerecht erfüllen und schnelle und effiziente Serviceangebote für den Bürger bereithalten. Die Verwaltung muß sich dabei sowohl um eine hohe Dienstleistungsqualität wie auch um einen sparsamen Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden Sach- und Personalmittel bemühen.

Um den alltäglichen Kontakt mit Behörden und Verwaltungen bürgerfreundlicher zu gestalten, wollen wir durch einen Dienstleistungsnachmittag viele Ämter für berufstätige Menschen besser erreichbar machen. Die Konzentration von verschiedenen Verwaltungsdienstleistungen in Servicebüros kann zudem überflüssige Behördenwege ersparen und lange Verfahrensabläufe verkürzen. Durch einen verstärkten Technik- und EDV-Einsatz wollen wir das Verwaltungshandeln beschleunigen und die Verwaltung schlanker und leistungsfähiger machen.

Für eine effiziente und kostenbewußte Aufgabenerledigung ist für die CDU die Einführung von neuen, mehr privatwirtschaftlich ausgerichteten Kontroll- und Steuerungselementen in den Verwaltungen unverzichtbar. Um die tatsächlichen Kosten von Verwaltungsleistungen zu ermitteln und damit einen sparsameren Umgang mit öffentlichen Geldern zu ermöglichen, muß ein Rechnungswesen mit einer Kosten- und Leistungsrechnung und einer Investitions- und Finanzplanung eingeführt werden. Die CDU setzt sich darüber hinaus dafür ein, das Leistungsprinzip im öffentlichen Dienst stärker zu fördern und so die Motivation der Beschäftigten in der Verwaltung zu steigern. Das Personalvertretungsgesetz ist entsprechend den Anforderungen an eine moderne Verwaltung zu überprüfen und zu verändern.

### **2. Privater Initiative Vorrang einräumen**

*Die fortschreitende Bürokratisierung bringt enorme finanzielle Belastungen für Bremen und Bremerhaven mit sich. 1995 gibt es über 38.000 Beschäftigte allein in den Behörden und Verwaltungen des Landes und der Stadt Bremen; in Bremerhaven sind es weitere rund 5.200 Stellen.*



Wir wollen der privaten Initiative Vorrang vor öffentlicher Aufgabenerledigung einräumen. Land und Stadtgemeinden sollen keine Aufgaben wahrnehmen, die private Unternehmen und Freiberufler mindestens gleich gut, schneller und wirtschaftlicher erfüllen können. Wir wollen in Bremen weniger Staat und mehr Handlungsfreiheit für den Bürger. Daher werden wir die Verwaltung einer umfassenden Aufgabenkritik unterziehen und durch Privatisierung auf einen Kernbereich öffentlicher Aufgabenerledigung beschränken. In Frage kommen z.B.: die Abfall- und Abwasserbeseitigung; einzelne Tätigkeiten der Bau-, Vermessungs- und Liegenschaftsämter; die Gebäudereinigung; Park- und Gartenpflege sowie staatliche Wäschereien und Werkstätten.

### **3. Privatisierung sozialverträglich umsetzen**

Die Bremische Landeshaushaltsordnung schreibt ausdrücklich vor, daß sich der Staat an privatrechtlichen Unternehmen nur beteiligen soll, wenn hierfür ein wichtiges öffentliches Interesse vorliegt oder der angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher zu erreichen ist. Deshalb wird die CDU nach diesem Subsidiaritätsgrundsatz die öffentlichen Beteiligungen des Landes und seiner Städte kritisch überprüfen und auf das unbedingt erforderliche Maß reduzieren. Mit einem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen können wir gleichzeitig zur Einnahmenverbesserung und damit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen.

Wir werden Anteile des Landes und der Stadtgemeinden an den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften schrittweise an Dritte veräußern. Wir werden bei dem Verkauf von Anteilen bisheriger Eigen- und Beteiligungsgesellschaften Verträge abschließen, die tarif- oder arbeitsrechtliche Nachteile für die Beschäftigten ausschließen (Besitzstandsregelung). Ebenso werden wir den Unternehmenssitz vertraglich festlegen, damit keine steuerrechtlichen Nachteile für Bremen und Bremerhaven eintreten.

***CDU***

CDU-Landesverband Bremen · Am Wall 135 · 28195 Bremen  
Telefon 0421/30 89 41 · Fax 0421/30 89 433